

Dringlichkeitsantrag

nachgezogen zum Plenum Drs. 19/2867

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Martin Behringer, Tobias Beck, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Zobel, Thomas Zöller** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Jürgen Baumgärtner, Thomas Huber, Josef Zellmeier, Ilse Aigner, Daniel Artmann, Volker Bauer, Barbara Becker, Maximilian Böttl, Alex Dorow, Jürgen Eberwein, Dr. Ute Eiling-Hütig, Martina Gießübel, Patrick Grossmann, Josef Heisl, Thomas Holz, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Manuel Knoll, Jochen Kohler, Joachim Konrad, Harald Kühn, Dr. Petra Loibl, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Kerstin Schreyer, Thorsten Schwab, Bernhard Seidenath, Werner Stieglitz und **Fraktion (CSU)**

Der MARO Genossenschaft eine Zukunftsperspektive bieten!

Drs. 19/2867

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag steht zum Modell des genossenschaftlichen Wohnens als tragende Säule der Wohnraumversorgung und betont die Verlässlichkeit und Stabilität des genossenschaftlichen Modells.

Der Landtag begrüßt den Einsatz der Staatsregierung für den Fortbestand der im Insolvenzverfahren befindlichen MARO Genossenschaft für selbstbestimmtes und nachbarschaftliches Wohnen eG und fordert die Staatsregierung auf, weiterhin entschlossen an der Schaffung von Zukunftsperspektiven für die Wohnungsbaugenossenschaft mitzuwirken.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, dem Landtag über die diesbezüglichen Aktivitäten zu berichten.

Begründung:

Die MARO Genossenschaft für selbstbestimmtes und nachbarschaftliches Wohnen eG leistet mit fast 300 Wohnungen, von denen fast zwei Drittel durch den Freistaat gefördert sind, einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von Wohnraum im südlichen Oberbayern. Mit Wohngemeinschaften für Demenzkranke und Pflegebedürftige sowie Mehrgenerationen-Wohnprojekten stärkt die MARO Genossenschaft das soziale Miteinander. Das Unternehmen befindet sich allerdings seit März 2024 im Insolvenzverfahren, nachdem Kostensteigerungen bei einem Bauvorhaben zur Kündigung von Kreditlinien führten.

Es gibt intensive Unterstützungsbemühungen durch die örtlichen Stimmkreisabgeordneten des Bayerischen Landtags.

Der staatlichen Unterstützung der MARO Genossenschaft sind unter anderem durch das europäische Beihilferecht Grenzen gesetzt. Gleichwohl steht die Bayerische Landesbodenkreditanstalt der MARO Genossenschaft auch in der Krise als verlässlicher Finanzierungspartner zur Seite. Im Zusammenspiel mit privaten Finanzierungszusagen besteht nach Aussage des Insolvenzverwalters Hoffnung auf einen Fortbestand der Wohnungsbaugenossenschaft.